

Boots on the Ground

Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten

von *Jonna Schürkes*

Als gescheiterte Staaten werden Staaten bezeichnet, die ihre Grenzen nicht sichern und die das Gewaltmonopol innerhalb dieser Grenzen nicht durchsetzen können oder wollen. Weil sie dieses Gewaltmonopol nicht durchsetzen, würden von der Bevölkerung zahlreiche Bedrohungen für die Nachbarländer, die Länder des globalen Nordens und die Welt im Allgemeinen ausgehen. Diese Bedrohungen werden mehr oder weniger spezifiziert: Es handele sich um Terrorismus, Kriminalität, Piraterie, Migration, Pandemien etc.. Doch nicht nur diese „konkreten“ Bedrohungen gehen von diesen Staaten aus, sondern die fehlende Herrschaft wird als Bedrohung per se empfunden.¹ Diese Sichtweise findet sich beispielsweise in der Europäischen und US-amerikanischen Sicherheitsstrategie und dem Weißbuch der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands.

Aus diesem Grund werden in „gescheiterten“ (oder „scheitern“) Staaten Sicherheitssektorreformen von unterschiedlichen Akteuren - von der UN, über die EU, OECD, Weltbank und einzelnen Staaten - durchgeführt. Sprich: es werden Repressionsorgane aufgebaut, die die Bevölkerung beherrschen sollen und dafür sorgen, dass die Länder oder gar ganze Kontinente nicht „zu einer ansteckenden Quelle globaler Unsicherheit werden“.² Mit dem Aufbau eines häufig riesigen Sicherheitssektors - vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass ein Großteil des Staatshaushaltes in die Finanzierung des Sicherheitssektors fließt - geht eine Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung des Staates einher. Es findet demnach gleichzeitig eine Schwächung des Staates in seinen Möglichkeiten der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und eine Stärkung im Bereich der Repression gegenüber seiner Bevölkerung statt. Da die Sicherheit, die in diesen Staaten hergestellt werden soll, sich ausschließlich darauf bezieht, bestimmte Akteure gegenüber der Bevölkerung abzusichern, ist es nur folgerichtig, dass sich die Durchsetzung eines Gewaltmonopols des Staates darauf konzentrieren soll, einzelne Infrastrukturen (Häfen, Flughäfen, Verbindungsstraßen, evtl. Grenzen) zu schützen.

Die Prinzipien, nach denen der Aufbau, die Ausrüstung und Ausbildung von Sicherheitskräften funktionieren sollen, sind die der Entwicklungszusammenarbeit entnommenen Prinzipien des Partnership und Ownership. Für den globalen Norden ist bei der Reform oder dem Aufbau von Sicherheitssektoren entscheidend, dass sie in den Ländern des Südens Partner haben, die ihre Vorstellung von Ordnung gegenüber der Bevölkerung mit ihren Mitteln durchsetzen. Dieses Partnership wird mit bestimmten Eliten der jeweiligen Länder zumindest temporär eingegangen. Es werden

einzelne Bevölkerungsgruppen als Partner auserkoren. Es wird definiert, dass es sich bei den einen um Soldaten und Polizisten, bei den anderen um Milizen, Banden, Terroristen, Piraten oder sonstige Kriminelle handelt, dass es sich bei der Gewalt, die die einen ausüben, um legitime, rationale Gewalt - bei allen anderen um illegitime, irrationale Gewalt handelt.³ Diese Partner können - selbstverständlich - jederzeit wieder fallen gelassen werden. Um sie zu befähigen, im Sinne des Westens zu handeln, werden ihre Gruppen bewaffnet und ausgebildet - finanziell, logistisch und nachrichtendienstlich jedoch in Abhängigkeit gehalten -, damit sie jederzeit entmachteter werden können, bzw. damit sich ihr „Ownership“ darauf beschränkt, Bodentruppen zu entsenden und nicht aber selber entscheiden zu können, wann, wo und wie diese Bodentruppen eingesetzt werden.

Es gibt allerdings gravierende Unterschiede, wie mit verschiedenen Staaten umgegangen wird. Das hängt zum einen von der Stärke der Staaten ab, zum anderen, ob in dem Land Gruppen notwendige Voraussetzungen dafür mitbringen, als Partner des Westens zu fungieren. Wenn nicht - also vor allem, wenn Gruppen, die entgegen den Interessen des Westens handeln, das Gewaltmonopol besitzen -, müssen diese zunächst beseitigt werden. Wenn dies geschehen ist, so wird das Land durch westliche Truppen besetzt, die so lange vor Ort bleiben sollen, bis es genügend starke - aber vom Westen abhängige - Gruppen gibt, denen man das Feld wieder überlassen kann. In der Phase, in der die Anzahl der ausländischen Truppen erhöht oder zumindest nicht verringert wird, dienen die lokalen Sicherheitskräfte der Unterstützung der ausländischen Besatzung. In einer zweiten Phase, in der sich die ausländischen Truppen aus dem Land zurückziehen, sollen die lokalen Polizisten und Soldaten die Aufgabe der Besatzer übernehmen und eine Regierung, oft auch gegen den Willen der Bevölkerung, an der Macht halten.

In vielen Fällen ist der globale Norden allerdings nicht gewillt oder in der Lage, selber Truppen zu entsenden, um bestimmte Gruppen innerhalb eines Landes dazu zu befähigen, die Macht im Lande zu erlangen oder zu erhalten. Für diesen Fall schafft sich vor allem die EU in Afrika multinationale Truppen, die nur mit Unterstützung der EU intervenieren können. Eine andere Möglichkeit, die ebenfalls vor allem von der EU exzessiv genutzt wird, ist die Reform von Sicherheitskräften durch eine kleine Anzahl von Militär- bzw. Polizeiausbildern.

Diese Praxis, aber auch ihr Scheitern, soll im Folgenden anhand verschiedener Beispiele aufgezeigt werden.

1 Marina Ottaway/ Stefan Mair: State at Risk and Failed states. Putting Security first, Carnegie Endowment for International Peace, Policy Outlook, Washington, D.C., September 2004, S.1.

2 Michael Goodspeed: Stealing Thunder African Security Sector Reform, the Military's New Challenge, U.S. Army War College, 2007, S.1.

3 Bruno Charbonneau: France and the New Imperialism, Aldershot, 2008, S.102ff.

1 „Wir treten selber keine Türen ein“

Wie vor allem der Irak, Afghanistan, aber auch der Kosovo gezeigt haben, ist – zumindest in manchen Ländern – ein „Regimechange“, wenn es um den bloßen militärischen Sieg über eine Regierung, die Besetzung der Hauptstadt und wichtiger Infrastruktur geht, nicht allzu schwer. Doch „Regimechange“ beinhaltet auch die Einsetzung eines neuen Regimes, das im Interesse des Westens handelt. Dies gestaltet sich – wie derzeit vor allem in Afghanistan zu sehen ist – wesentlich schwieriger. Der militärische Sieg über die Regierungen konnte in allen drei genannten Fällen dadurch erreicht werden, dass die NATO bzw. die USA Bodentruppen mit Luftangriffen dabei unterstützte, die wichtigsten Städte und Infrastruktur einzunehmen. Die Bodentruppen bestanden zu großen Teilen aus Gruppen des jeweiligen Landes, die bereits zuvor gegen die Regierung gekämpft hatten, die jedoch ohne die Luftunterstützung nicht in der Lage gewesen wären, die Macht im Land zu übernehmen. Die darauf folgende Besetzung ist aber vor allem im Fall Afghanistans und des Iraks auch für die intervenierenden Truppen sehr blutig verlaufen. Der Widerstand gegen die Besetzung ging in diesen Fällen nicht mehr von einer Armee aus, sondern von so genannten Aufständischen, deren Motive und auch Zusammensetzung sich im Zuge der Besetzung meist stark verändert haben. Im Anschluss an den Sturz der Regierung wurden unter Aufsicht der „internationalen Gemeinschaft“ Übergangsregierungen gebildet, deren Qualifikation vor allem darin bestand, dass sie von der Besetzung des Landes profitieren und ihr somit auch zustimmen. Die Legitimation dieser Übergangsregierungen kam demnach nicht aus der Bevölkerung des jeweiligen Landes, sondern von der „internationalen Gemeinschaft“. Zur Absicherung der Regierung verweilen nicht nur ausländische Truppen im Land, sondern es müssen auch Gruppen bewaffnet und wenn möglich kontrolliert werden, die kurzfristig gemeinsam mit den ausländischen Truppen jene Gruppen bekämpfen, die die Regierung als unrechtmäßig ansehen und die mittel- und langfristig so stark werden sollen, dass sie auch ohne oder zumindest mit geringerer Präsenz ausländischer Truppen die Regierung an der Macht halten können.

1.2 Die „David-Strategie“

Bereits auf dem ersten Afghanistan Gipfel 2001 wurde die Schaffung afghanischer Sicherheitskräfte als eine Aufgabe der ISAF-Mission beschlossen: „die Teilnehmer [ersuchen] die internationale Gemeinschaft darum, die neuen afghanischen Behörden dabei zu unterstützen, neue afghanische Sicherheits- und bewaffnete Streitkräfte aufzubauen und auszubilden“.⁴ 2002, auf der Geberkonferenz in Tokio, wurden westliche Staaten für einzelne Bereiche der Sicherheitssektorreform verantwortlich gezeichnet. In den ersten Jahren wurde dem Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit geschenkt. 2006 eskalierte der Konflikt, was vor allem auf die Ausweitung des ISAF-Mandats auf den Süden und Osten des Landes zurückzuführen ist. Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte wurde massiv verstärkt, damit diese Aufgaben der internationalen Truppen übernehmen konnten, die zunehmend Verluste zu beklagen hatten.⁵ Die ISAF/OEF Truppen verloren

⁴ Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-Establishment of Permanent Government Institutions, Bonn 2001.

⁵ Ian S. Livingston u.a.: Afghanistan Index, Brookings, Feb. 2010, S.6.



Distrikte, in denen im Rahmen des FDD mit der Polizeiausbildung begonnen wurde, liegen alle an der Ringroad, Karte: GAO

zudem erheblich an Unterstützung in der lokalen Bevölkerung, da sie offensiver gegen Aufständische vorgehen und damit auch deutlich mehr Zivilisten töteten. Umfragen der ARD, BBC und ABC zeigen, dass der Widerstand gegen die Besetzung seit 2005 deutlich zugenommen hat.⁶ Auch in den intervenierenden Ländern ist mit der Eskalation des Konfliktes und der steigenden Anzahl getöteter Soldaten die Zustimmung zum Einsatz zurückgegangen. In Deutschland sind inzwischen 61 Prozent gegen den Afghanistaneinsatz, 2002 waren es nur 30 Prozent. Eine vermeintliche Lösung ist, lokale bewaffnete Gruppen stärker in den Krieg gegen die Aufständischen einzubinden, ihnen den Kontakt mit den Aufständischen und der Zivilbevölkerung zu überlassen und damit dem Krieg ein „afghanisches Gesicht“ zu geben.

In den USA ist diese Strategie, nicht eigene, sondern lokale Truppen gegen die Bevölkerung vorgehen zu lassen, als David-Strategie bekannt. In dem Field Manual der US-Marines zum „Fourth generation warfare“ wird die „Operation David“ beschrieben: „Wir durchkämmen nie ganze Viertel. Wie treten nie Türen ein. Wie terrorisieren nie Zivilisten oder lassen sie in Kreuzfeuer geraten. Wenn wir jemanden angreifen müssen, dann lassen wir die Aufgabe am liebsten von jemand Anderem ausführen. Die Leute vor Ort machen die schmutzige Arbeit und wir hinterlassen keine amerikanischen Spuren.“⁷

1.3 Der Besetzung ein afghanisches Gesicht geben

Tatsächlich wird diese Art der Kriegsführung in Afghanistan nicht nur von der US-Armee so umgesetzt, auch die Bundeswehr bedient sich dieser Taktik: Bevor die Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr („Quick Reaction Force“ - QRF) im Sommer 2008 zur Ablösung der norwegischen QRF nach Afghanistan geschickt wurde, fand auf dem Gefechtsübungszentrum des Heeres in Altmark eine Übung mit folgendem Szenario statt: „Soldaten der QRF bilden bei einer Zugriffsoption den äußeren Ring um eine Ortschaft. Sie überwachen und sperren Zufahrtsstraßen,

⁶ ARD, ABC, BBC: Afghanistan-Umfrage 2009, URL: http://www.tagesschau.de/static/pdf/Afghanistan_2009.pdf.

⁷ Fourth Generation Seminar: FMFM 1-A, 2009, S.21ff.

Polizeiausbildung und Armeeausbildung in Afghanistan

2002 erklärte sich Deutschland zur „lead nation“ im Bereich der Polizeiausbildung in Afghanistan, die USA im Bereich der Schaffung einer afghanischen Armee. Bis 2007 hatte Deutschland 5000 Polizisten des mittleren und gehobenen Dienstes ausgebildet, 14 000 einfache Polizisten fortgebildet und die Polizeiakademie in Kabul errichtet. In diesem Zeitraum verwendete Deutschland jährlich 12 Millionen Euro für den Polizeiaufbau, im Durchschnitt befanden sich 40 Polizisten in Afghanistan, die ausbilden und beraten sollten. Die Zielmarke lag bei 62.000 Polizisten bis 2010. Vor allem von den USA wurden die Aktivitäten Deutschlands als unzureichend kritisiert: „Als internationale Führungsnation ist Deutschland daran gescheitert, eine Polizei aufzubauen und hat drei Jahre vertan“. Auch wurde die Art der Ausbildung als der Konfliktsituation in Afghanistan als nicht angemessen kritisiert. Noch bevor die Stärke der Polizei auf die anvisierten 62 000 Polizisten erreicht wurde, wurde sie im Afghanistan Compact 2006 auf 82 000 hochgesetzt – inzwischen sollen es bis 2011 134 000 sein. Die USA engagierten sich aufgrund der Unzufriedenheit mit dem deutschen Engagement zunehmend in der Polizeiausbildung. Sie erhöhten das Budget für diesen Zweck von 25,5 Millionen US \$ im Jahr 2002 auf 2,7 Milliarden US \$ im Jahr 2007. Vor allem private Sicherheitsunternehmen übernahmen die Polizeiausbildung, die nur wenige Wochen dauerte. Von deutscher Seite wiederum wurde diese Art der Ausbildung als „Masse statt Klasse“ kritisiert.

2007 wurde die Verantwortung Deutschlands für den Polizeiaufbau der EU übergeben, die seither mit EUPOL Afghanistan die Aufgaben Deutschlands teilweise übernommen hat. Deutschland engagiert sich sowohl innerhalb von EUPOL, als auch im Rahmen eines bilateralen Ausbildungsprogramms (GPPO).

Ebenfalls 2007 entwickelten die USA ein Programm (Focused District Development Program; FDD), nach denen die Polizeiausbildung und –ausrüstung auf Distriktebene durchgeführt werden sollte. Somit konnte zunächst in jenen Distrikten mit der Ausbildung begonnen werden, die für die Versorgung der ISAF/OEF-Truppen von Bedeutung sind, also vor allem entlang der Ringroad, der Hauptverkehrsader Afghanistans (s. Karte

links). Deutschland hat dieses Vorgehen seit Januar 2009 übernommen. Im Rahmen des FDD agieren so genannte „Police Mentoring Teams“ (PMTs), die sich im Fall der USA aus vier Soldaten, sechs für die Sicherheit des Teams verantwortlichen Soldaten, zwei zivile Polizisten und zwei Übersetzer zusammensetzen (s. Bild u.). Deutsche PMTs bestehen aus vier Feldjägern, vier Polizisten und zwei Übersetzern. Weitere Länder, die bilaterale Programme zur Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Polizei durchführen, sind Australien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Norwegen und die Türkei.

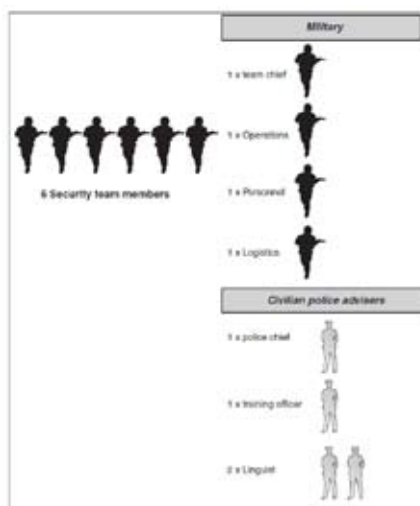
EUPOL Afghanistan ist vor allem auf strategischer und taktischer Ebene aktiv. Sie soll die afghanische Regierung dabei unterstützen, eine Strategie für einen Polizeiaufbau zu erstellen – Jahre nachdem mit eben dieser Ausbildung begonnen wurde – und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren im Polizeiaufbau zu verbessern. Dafür hat EUPOL den Vorsitz des „International Police Coordination Board“ übernommen, das aber kaum handlungsfähig ist. [1]

Auf dem NATO-Gipfel in Straßburg wurde zudem die NATO-Training Mission Afghanistan (NTM-A) beschlossen. Sie soll die Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei koordinieren. Unter dem Dach der NTM-A soll in Zukunft vor allem französische Gendarmerie als Teil der European Gendarmerie Force afghanische Gendarmen ausbilden. [2]

Auch wenn Deutschland womöglich in den ersten Jahren tatsächlich versucht hat, eine zivile Polizei aufzubauen – inzwischen ist überdeutlich, dass es darum

geht, Polizeieinheiten aufzubauen, die sich von der Armee vor allem hinsichtlich Sold und Ausrüstung unterscheiden und die die internationalen Truppen als billige Kräfte bei der Aufstandsbekämpfung unterstützen sollen.

Für den Aufbau der „Afghan National Army“ (ANA) waren von Beginn an die USA zuständig. Allerdings wurde auch hier sukzessive die Zielgröße nach oben gesetzt: Inzwischen sollen bis Oktober 2011 171 600 Soldaten ausgebildet und ausgerüstet sein. Zur Koordinierung der Ausbildung haben die USA das CSTC-A gegründet, dem Großbritannien, Kanada, Polen, Albanien, Frankreich, Rumänien und Deutschland unter der Führung der USA angehören. Vorgesehene Bestandteile der Ausbildung der ANA-Soldaten sind eine siebenwöchige Grundausbildung im US-geführten Kabul Training Center. Von Großbritannien werden dann einige der Soldaten in acht Wochen zum Unteroffizier ausgebildet, darauf folgen zwei Wochen Übungen im Feld unter Leitung der Kanadier. Im Anschluss daran werden ganze Einheiten von mobilen Trainingsteams, die unter ISAF-Mandat OMLTs und unter OEF Mandat ETT genannt werden, im Einsatz begleitet. Länder, die derzeit mobile Trainingsteams stellen, sind: Frankreich, Deutschland, Rumänien, Großbritannien, Niederlande, Kanada, Kroatien, Italien, Schweden, Norwegen, Slowenien, und Polen. Insgesamt dauert die Ausbildung von Unteroffizieren 17 Wochen, die eines normalen Soldaten sieben Wochen. Die höheren Ränge werden in der „National Military Academy“ in Kabul vier Jahre lang ausgebildet, deren Dozenten v.a. aus den USA, Deutschland, Frankreich und der Türkei kommen. Seit April 2009 koordinieren NTM-A und CSTC-A gemeinsam die Aufstellung der ANA.



[1] Ronja Kempin/ Stefan Steinicke: EUPOL Afghanistan: Europas ziviles Engagement am Rande des Glaubwürdigkeitsverlusts, SWP-Studie, Dezember 2009

[2] Ronja Kempin/ Christian Kreuder-Sonnen: Gendarmerieeinheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen – Eine Option für Deutschland?, SWP-Studie, März 2010.

Abb. Zusammensetzung US-amerikanischer Police-Mentoring Teams, Grafik: GAO

während Soldaten der Afghan National Army (ANA) den inneren Kreis bilden. Für den Zugriff in der Ortschaft sind Polizeikräfte der Afghan National Police (ANP) zuständig. Ziel: zwei gesuchte Personen“.⁸

Zahlreiche Berichte über Offensiven unter Kommando der Bundeswehr zeigen, dass dies vor Ort so umgesetzt wird – mit bedingtem Erfolg. Im Juli 2009 beispielsweise begann die „Operation Adler“ unter Kommando der Bundeswehr und mit afghanischen Bodentruppen. Ziel dieser Operation war es, Aufständische aus der Stadt Chahar Darreh, wenige Kilometer vom Feldlager der Bundeswehr in Kunduz entfernt, zu vertreiben. „Die deutschen Einheiten, größtenteils Soldaten der Schnellen Eingreiftruppe QRF und die Schutzkompanie des deutschen Lagers in Kunduz, sicherten meistens nur einen Ring um die afghanischen Kräfte ab, diese durchsuchten dann Häuser und Gehöfte“⁹. Die Bundeswehrosoldaten waren der Kontakt der afghanischen Soldaten zu Luftunterstützung und Einheiten zur Evakuierung und Versorgung von Verwundeten. Sie sollten sich bei dem direkten Kontakt mit den Aufständischen zurückhalten, trotzdem wurde ein Jugendlicher an einem Checkpoint, der an einer Zufahrtsstraße zu Chahar Darreh errichtet worden war, von Bundeswehrosoldaten erschossen. Die ANA und die ANP hatten den Auftrag, nach erfolgreicher Vertreibung der Aufständischen in Chahar Darreh zu bleiben und zu verhindern, dass sie zurückkehren, was sie offenbar zunächst aufgrund der hohen Gefahr verweigerten, wovon die Bundeswehr sie aber kurzfristig abhalten konnte. Nach wenigen Tagen allerdings nahmen die Aufständischen die Stadt wieder ein und vertrieben die ANP und die ANA.

Die Konsequenz dieser Vorgehensweise ist, dass vor allem afghanische Soldaten und Polizisten getötet werden. Dem Afghanistan Index 2010 des Brookings-Instituts zufolge sind zwischen 2007 und Mai 2009 2573 afghanische Polizisten und Soldaten getötet worden. Zum Vergleich: im gleichen Zeitraum wurden 660 Soldaten der ISAF/OEF Truppen getötet.

In der Sprache der Bundesregierung, sei es nun Entwicklungsminister Niebel, Bundesinnenminister Thomas de Maizière oder Verteidigungsminister Guttenberg, heißt dieses Vorgehen dann: „der Sicherheit ein afghanisches Gesicht geben“.

De facto kann eine gewisse Hierarchisierung bei der Aufstandsbekämpfung festgestellt werden: die den engsten Kontakt mit der Bevölkerung haben, sind die paramilitärisch ausgebildeten Polizeieinheiten, in zweiter Reihe stehen die Soldaten der afghanischen Armee und den äußersten Ring, der meist nur für die Abriegelung von Straßen zuständig ist und der die Anfragen der afghanischen Armee um Luftunterstützung oder auch anderer Unterstützung entgegennimmt, bilden ISAF bzw. OEF Soldaten.

Allerdings kann nach der Londoner Afghanistan Konferenz eine Veränderung der Rolle der OMLTs, auch der der Bundeswehr, festgestellt werden. Die deutschen Ausbilder sollen in Zukunft enger mit den afghanischen Soldaten zusammenarbeiten, gemeinsam patrouillieren und mit ihnen gemeinsam gegen die Aufständischen kämpfen. Es sei notwendig, „dass wir nicht mehr rigide trennen zwischen Ausbildung und Sicherheit“,¹⁰ so Verteidigungsminister Guttenberg. Doch auch wenn die Begleitung en-

ger sein soll, werden weiterhin die afghanischen Sicherheitskräfte vorgeschickt: „Nach dem amerikanischen Konzept des ‚Partnering‘ würden die Isaf-Soldaten in etwa gleicher Stärke wie die Afghanen patrouillieren und den afghanischen Uniformierten zwar den Vortritt lassen, wenn ein Haus betreten wird, aber durchaus selber mitkommen“.¹¹

2 „Übergabe in Verantwortung“

Die Regierungen der in Afghanistan stationierten Truppen müssen einen zumindest teilweisen Rückzug aus Afghanistan in Aussicht stellen, da die Bevölkerungen der Länder den Einsatz zunehmend ablehnen. Auch wenn die Regierung und der Bundestag seit mehreren Jahren gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz deutscher Truppen verlängern und permanent ausweiten, so sind dem Ganzen dennoch wohl Grenzen gesetzt, das Zusammenbrechen der Regierungskoalition in den Niederlanden am Afghanistan-Einsatz kann der deutschen Regierung als Warnung gelten.

„Selbsttragende Sicherheitsstrukturen sind die Voraussetzung für eine Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten. Darum tun wir in Zukunft deutlich mehr für die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte“, so Westerwelle nach der Londoner Afghanistankonferenz 2010 vor dem Deutschen Bundestag.¹² Auf der Konferenz war beschlossen worden, den Schwerpunkt der „internationalen Gemeinschaft“ auf die Schaffung von Sicherheitskräften zu legen.¹³ Ausreichend bewaffnete Gruppen der Regierung Karsai zur Verfügung zu stellen, damit sie sich gegen ihre Bevölkerung verteidigen kann, wird als Grundvoraussetzung dafür gesehen, dass sich die Truppen der NATO und der USA in den nächsten Jahren zurückziehen können.

Sukzessive wurden die Zielvorgaben für die Stärke der Afghanischen Armee und Polizei nach oben gesetzt. Inzwischen liegt die Zielgröße bei 134.000 Polizisten und 171.600 Soldaten bis 2011. Angeblich sind bis heute über 30.000 Polizisten und 97.200 Soldaten ausgebildet und ausgerüstet.¹⁴

2.1 Den Bürgerkrieg bewaffnen

Die Polizisten, die bisher ausgebildet wurden, genießen in der afghanischen Bevölkerung keinen guten Ruf. In einer Studie aus dem Jahr 2007 des „Afghan Research and Evaluation Unit“, eine von der EU und UN finanzierten Forschungsorganisation in Afghanistan, mit dem bezeichnenden Titel „Cops or Robbers“, werden zahlreiche Afghanen interviewt, die nichts Gutes über die Polizei zu erzählen haben. So wird ein afghanischer LKW-Fahrer mit den Worten zitiert: „Vergesst die Taliban. Unser größtes Problem ist die Polizei.“¹⁵ Der ehemalige Kommandeur der CSTC-A, Brigadegeneral Gary O’Brien, sieht dies ähnlich: „Es gibt einige

8 Rolf Walter: Vor dem Einsatz, in: Y-Magazin der Bundeswehr, 07/2008, S.44.

9 Operation Adler: 600 afghanische Soldaten sollen Rückkehr der Taliban verhindern, spiegel-online, 30.07.2009.

10 McChrystels Strategie-Appell: Guttenberg will in Afghanistan mehr riskieren, spiegel-online, 20.01.2010.

11 Einsatz in Afghanistan: Partnering – vor der Tafel, am Tisch, im Feld?, faz-net, 28.01.2010.

12 Regierungserklärung von Guido Westerwelle zum deutschen Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz vor dem Deutschen Bundestag, 10.02.2010.

13 vgl. Afghanistan: The London Conference, Communiqué, 28.01.2010.

14 vgl. Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung: Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz, 25.01.2010, S.5f.

15 Andrew Wilder: Cops or Robbers? The Struggle to Reform the Afghan National Police. AREU, 2007, S.1.

Teile Afghanistans, wo das Letzte, was die Leute sehen wollen, die Polizei ist. Die Polizei ist in manchen Gebieten korrupt. Sie ist ein Teil des Problems. Sie schaffen keine Sicherheit für die Bevölkerung – sie sind Verbrecher (robbers)“.¹⁶ Daran hat sich, verschiedenen Zeitungsartikeln nach, bis heute nichts geändert.¹⁷

Die Zahl der Polizisten und Soldaten der ANSF, die – meist mit Waffen und in Uniform - desertieren, ist weiterhin sehr hoch, auch wenn nach offiziellen Angaben die Desertionsrate gesunken ist. Allerdings ist die Anzahl der nicht registrierten Desertionen weit höher, vor allem da die jeweiligen Kommandeure sie auf der Liste behalten, um Sold zu unterschlagen.

Das Combined Security Transition Command – Afghanistan (CSTC-A) unter Kommando der US-Armee ist neben der Ausbildung auch für die Ausgabe von Waffen an die afghanischen Sicherheitskräfte zuständig.

Der Rechnungshof der USA berichtete Anfang 2009 davon, dass das CSTC-A von den im Zeitraum 2004-2008 von den USA gelieferten 242.000 Waffen (Pistolen, Gewehre, Panzerfäuste etc.) bei ca. 87.000 nicht weiß, wo sie sind, wobei von der Hälfte von ihnen nicht einmal die Seriennummern registriert wurden. Weitere 135.000 Waffen, die von anderen Ländern geliefert worden sind, sind ebenfalls verschwunden.¹⁸ Dazu gehören laut einem NDR-Bericht vom Oktober 2009 auch ca. 10.000 von der Bundeswehr ausgemusterte Pistolen aus einer Lieferung des Bundesverteidigungsministeriums.

Abgesehen von den Waffen, die verschwinden, wird die afghanische Gesellschaft in kaum vorstellbaren Maßen bewaffnet. Einem Bericht von amnesty international zufolge wurden allein im Zeitraum 2002 bis 2008 offiziell über 300.000 Kleinwaffen von NATO-Staaten nach Afghanistan geliefert.¹⁹ Im Vergleich dazu wurden im Rahmen des DIAG, dem Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm des UNDP, bis zum ersten Halbjahr 2009 ca. 45.000 eingesammelt,²⁰ wovon allerdings ein Großteil nicht vernichtet, sondern wiederum der Polizei und Armee zur Verfügung gestellt wurde.²¹ Im Vorgängerprogramm wurden zwischen 2002- 2006 36.571 Kleinwaffen eingesammelt²², die fast alle den Sicherheitskräften wieder ausgegeben wurden. De facto hat demnach keine Entwaffnung, sondern lediglich eine Umverteilung der Waffen stattgefunden.

2.2 Zurück bleibt ein autoritärer Militärstaat

Sollten sich die ISAF-Truppen tatsächlich eines Tages zurückziehen, hinterlassen sie eine bis auf die Zähne bewaffnete Gesellschaft. Zudem wird einer Regierung, die in der Bevölkerung kaum Legitimität genießt, ein riesiger Sicherheitsapparat an die Hand gegeben, der allerdings kaum aus dem afghanischen

16 Ebd.

17 S. beispielsweise: Tough road ahead once Afghan assault over, AFP, 23.02.2010.

18 GAO: Afghanistan Security: Lack of Systematic Tracking Raises Significant Accountability Concerns about Weapons Provided to Afghan National Security Forces, Januar 2009.

19 Amnesty International: Afghanistan: arms proliferation fuels further abuse, AI Public Briefing, April 2008.

20 UNDP: Disbandment of Illegal Armed Groups (DIAG): Second Quarter Project Progress Report, 2009.

21 Amnesty International: Afghanistan: arms proliferation fuels further abuse, AI Public Briefing, April 2008.

22 United Nations Disarmament, Demobilization and Reintegration Resource Centre: Afghanistan- County Programme; URL: <http://www.unddr.org>.



Polizisten der Afghan National Police (ANP) trainieren - unter Aufsicht des NTM-A - die Kontrolle von gewaltbereiten Menschenmengen. Foto: U.S. Air Force, Staff Sgt. Sarah Brown.

Haushalt zu bezahlen ist: Laut Rory Stewart, Direktor des Carr Center on Human Rights Policy, dürften sich die Kosten für die afghanischen Sicherheitskräfte auf zwei bis drei Milliarden Dollar im Jahr belaufen: ein Vielfaches der gesamten Staatseinnahmen. „Wir kritisieren Entwicklungsländer dafür, wenn sie 30 % ihres Budgets für Rüstung ausgeben; wir drängen Afghanistan dazu 500 % seines Haushalts hierfür aufzuwenden. [...] Wir sollten kein Geburtshelfer eines autoritären Militärstaats sein. Die hieraus resultierenden Sicherheitsgewinne mögen unseren kurzfristigen Interessen dienen, aber nicht den langfristigen Interessen der Afghanen“.²³ Da die Sicherheitskräfte nicht vom afghanischen Staat bezahlt werden können, wird die Regierung in Kabul weiterhin von den NATO-Staaten abhängig sein. Vor allem über die Finanzierung von Militärs haben diese Staaten ein enormes Erpressungspotenzial. Sollten sie sich eines Tages weigern, die Militärs und die paramilitärischen Polizisten zu bezahlen, dürfte dies das Ende der Regierung in Kabul bedeuten. Ausgerechnet diese Art der Bewaffnung eines Bürgerkrieges und der Aufbau eines Militärstaates werden von Bundeskanzlerin Merkel als „Übergabe in Verantwortung“ umschrieben.

3 Vom Milizen zum Soldaten: nur eine Frage der Definition

Was für den Fall Afghanistans bereits aufgezeigt wurde, nämlich dass durch eine Ent- und anschließende Wiederbewaffnung und den Austausch von Uniformen Sicherheitskräfte geschaffen werden, ist eine Praxis, die auf drastische Weise im Kosovo beobachtet werden kann. Hier zeigt sich aber auch, wie dieser Versuch – trotz großer Anstrengungen und der doch recht überschaubaren Größe des Kosovos und der dort zugrunde liegenden Konfliktsituation – scheitert.

Ohne die „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UCK), die vor dem Kosovo-Krieg von verschiedenen NATO-Staaten – unter anderem Deutschland - als terroristische Vereinigung eingestuft worden war, hätte die NATO den Krieg gegen Serbien 1999 nicht führen können. Kämpfer der UCK versorgten die NATO mit

23 Zitiert in: Jürgen Wagner: Die neue Afghanistan-„Strategie“: Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung, in: AUSDRUCK Dezember 2009, S.8.

Informationen und stellten vor allem die Bodentruppen des NATO-Luftkrieges gegen Serbien. Nach dem militärischen Sieg über Serbien wurde der Kosovo unter UN-Verwaltung gestellt. Die UCK wurde zunehmend zu einem Problem für die „Internationale Gemeinschaft“, zumal sie sich weigerte, der UN, der NATO und der EU das Gewaltmonopol im Land zu überlassen.

Direkt nach dem Sieg über Serbien wurde damit begonnen, eine kosovarische Polizei aufzubauen. Dieser Aufbau bestand jedoch zunächst darin, 2.000 bewaffnete UCK-Kämpfer zu Polizisten umzudefinieren, weitere 18.000 Mann wurden in eine Schutztruppe für den Kosovo, das „Kosovo Protection Corp“ (KPC), überführt. Dieser Schritt sei notwendig gewesen, „da eine tatsächliche Freisetzung der wenig disziplinierten UCK-Kämpfer zu einer unkontrollierbaren Sicherheitssituation hätte führen können“, so eine Studie des Instituts für Europäische Politik²⁴. Die Polizei des Kosovos wird von EULEX Polizisten und KFOR Truppen ausgebildet und vor allem mit ihnen gemeinsam eingesetzt. Dabei agiert sie meist in vorderer Reihe. Können oder wollen die kosovarischen Polizisten nicht gegen Kriminelle, Demonstranten, *Spoiler* und ähnliches vorgehen, so greifen EULEX-Polizisten ein. „Ziel sei es, der Kosovo Police und der Kosovo Security Force (KSF) mehr und mehr Verantwortung zu übertragen. Die KFOR-Truppen zeigen zwar weiterhin Präsenz, bleiben aber im Hintergrund. Dies habe sich auch bei den letzten gewalttätigen Ausschreitungen 2008 in Mitrovica bewährt. Damals wurde eine aufgebrachte Menschenmenge von örtlichen Sicherheitskräften sowie Angehörigen der internationalen Polizei- und Justizmission EULEX zurückgedrängt. KFOR-Truppen standen in der Nähe für ein mögliches Eingreifen bereit, was aber nicht notwendig war.“²⁵ Doch auch wenn die Durchhalteparole des Kommandeurs der KFOR lautet: „Wir sind auf der Zielgeraden, doch nach einem so langen Lauf dürfen wir auf den letzten Metern nicht stolpern“,²⁶ ist allseits bekannt, dass die kosovarische Polizei korrupt ist und der Organisierten Kriminalität sehr nahe steht. Zudem wurde das Ziel der Internationalen Gemeinschaft, eine multiethnische Polizei auszubilden, weit verfehlt. Nachdem die Studie des Instituts für Europäische Politik bereits 2007 davon berichtete, dass vor allem die Polisten, die der serbischen Minderheit angehören, durch Abwesenheit glänzen würden und dies von den kosovo-albanischen Polizisten durchaus begrüßt würde, erklärte Amnesty International im Mai 2009, dass alle kosovo-serbischen Polizisten den Dienst quittiert hätten.²⁷

3.1 Eine Armee für multinationale Einsätze

Im Januar 2009 wurde das KPC aufgelöst und die Kosovo Security Force (KSF) gegründet. Offizielles Ziel war die Schaffung einer neuen multiethnischen Armee. Allerdings sind die Kontinuitäten zum KPC offensichtlich. Kommandeur der KSF ist der ehemalige Kommandeur der KCP, Sylejman Selimi, ein alter UCK-Kämpfer. Die Stärke der Truppe wurde mit dieser „Umbenennung“ von 18.000 Mann auf 2.500 Soldaten und 800 Reservisten reduziert. Sie soll nur leicht bewaffnet sein und ihre Hauptaufgabe soll im Kosovo die Katastrophenhilfe, Minenräumen und

Zivilschutz sein. Zusätzlich soll die KSF für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen. Im Gesetz über die Sicherheitskräfte (Law on the Kosovo Security Force) heißt es dazu: Die Aufgabe der KSF ist es, „an Kriseninterventions- und friedensunterstützenden Einsätzen teilzunehmen, was den Einsatz außerhalb des Territoriums der Republik Kosovo mit einschließt, wenn die [KSF] hierzu eingeladen wird“ (Art.10.2).

Dafür, dass der Kosovo keine Armee bekomme – so ein Bericht der International Crisis Group –, müsse die Anzahl der Polizisten, „als Kompensation für das Fehlen einer kosovarischen Armee“ erhöht werden.²⁸ Die Polizei müsse zudem in der Lage sein, auch paramilitärische Aufgaben, wie die Niederschlagung von Aufständen, zu übernehmen. In dem Bericht der Crisis Group, der im Juli 2006 unter dem Titel: „An Army for Kosovo“ veröffentlicht wurde, wurde erklärt, die Schaffung einer Armee sei notwendig, um zu verhindern, dass sich inoffizielle paramilitärische Strukturen dort bilden oder weiter existieren können. Bei der Auswahl der Soldaten der KSF sollte die NATO das letzte Wort haben und die Uniformen sollten denen europäischer Staaten oder der USA ähneln, um keine Erinnerungen an die lokale Geschichte zu wecken.

Die Schaffung einer Armee diene demnach der Demilitarisierung der Gesellschaft. Von einer Demilitarisierung der Gesellschaft kann aber angesichts der Tatsache, dass seit dem Kosovokrieg kaum Kämpfer entwaffnet wurden, nicht die Rede sein: „[...] die damalige internationale Waffensammelaktion angesichts der niedrigen Qualität des abgeführten Materials [wird] rückblickend von KFOR-Angehörigen spöttisch als ‚Modernisierungsoffensive der UCK‘ bezeichnet. [...] Auch muss sich die KFOR-Führung fragen lassen, weshalb sie trotz ihres öffentlich eingestandenen Wissens um ‚riesige Waffenlager im Kosovo‘ sowie die offensichtliche Wirkungslosigkeit vorangegangener freiwilliger Einsammelaktionen bisher keine ernstzunehmenden Anstrengungen unternommen hat, der Flut illegaler Waffen Herr zu werden.“²⁹

Im Gegenteil: die NATO-Staaten liefern Ausrüstung an die KSF, Deutschland in erster Linie Fahrzeuge. Die KSF hat inzwischen ihren ersten Auslandseinsatz hinter sich: in Albanien zur Katastrophenhilfe nach Überschwemmungen im Januar 2010. Der Versuch, die KSF in Auslandseinsätze zu drängen, damit bewaffnete Männer es der KFOR und EULEX nicht so schwer machen zu regieren, scheint allerdings nicht zu funktionieren. Die Ausbildung der KSF wurde durch die KFOR vorläufig ausgesetzt, da diese während einer Ehrenparade zum Gedenken an einen UCK-Führer Waffen getragen hatte. Offensichtlich machen die Sicherheitskräfte, die nun seit mehr als zehn Jahren ausgebildet und kontrolliert werden, im Kosovo was sie wollen.³⁰

Auch wenn derzeit die KFOR die Ausbildung der KSF unterbrochen hat, wird sowohl die kosovarische Polizei als auch Armee weiterhin unterstützt. Die KSF soll in Zukunft für NATO-Einsätze und natürlich unter NATO-Kommando eingesetzt werden. Hier sollte demnach eine nationale Truppe für multinationale Einsätze geschaffen werden. In Afrika bemüht sich der Westen und allen voran die EU um die Schaffung multinationaler Truppen für Einsätze im Interesse und unter Beaufsichtigung der EU.

24 Institut für Europäische Politik: Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem westlichen Balkan, 2007, S.61.

25 Das Ziel vor Augen, 24.02.2010; URL: <http://www.einsatz.bundeswehr.de>.

26 Ebd.

27 Amnesty International: Serbien (einschließlich Kosovo), Report 2009, URL: www.amnesty.de.

28 International Crisis Group: An Army for Kosovo, 2006.

29 Institut für Europäische Politik: Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem westlichen Balkan, 2007.

30 NATO suspends training of Kosovo security force, AP, 07.03.2010.

4 „Afrikanische Lösungen für Afrikanische Probleme“

In den meisten Fällen, in denen die internationale Gemeinschaft der Meinung ist, dass militärisch interveniert werden sollte, werden keine europäischen oder US-amerikanischen Truppen entsandt, sondern multinationale Truppen (meist im Rahmen von UN-Missionen). Diese setzen sich größtenteils aus Soldaten des globalen Südens zusammen, werden aber vor allem von Staaten des globalen Nordens finanziert. Die UN-Missionen werden insgesamt immer größer, die Mandate werden umfassender und robuster. Die autorisierte Stärke einer UN-Mission ist in den meisten Fällen wesentlich höher als die tatsächlich entsandten Truppen. Je umfassender das Mandat und je robuster die Einsätze werden, desto unmöglicher wird es für die UN-Truppen, ihr Mandat zu erfüllen. Statt diese Tatsache auf die Art der Mandate und die Frage ob der Sinnhaftigkeit militärischer Interventionen zur „Friedenszwingung“ zurückzuführen, sollen mehr Soldaten des Südens für solche Einsätze aufgestellt und ausgerüstet werden. Aus diesem Grund haben die G8 auf ihrem Gipfel von Sea Island 2004 beschlossen, ihre Anstrengungen zur Ausbildung von Peacekeepern zu erhöhen. Es wurde das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2010 75.000 Peacekeeper ausgebildet zu haben, die dann der UN für Einsätze zur Verfügung stehen könnten. Da die Staaten des globalen Nordens jedoch nicht gewillt sind, selber Bodentruppen für UN-Einsätze zu stellen, wurde der Schwerpunkt auf die Ausbildung von Peacekeepern in Ländern des globalen Südens gelegt. Die Unterstützung bei Transport und Logistik – also die Bereiche eines Militäreinsatzes, die im Endeffekt entscheiden, ob ein Einsatz stattfinden kann oder nicht – sollen von den G8-Staaten gemeinsam „mit interessierten Dritten“ übernommen werden.³¹

Mit der Begründung, dass die meisten und vor allem größten UN-Einsätze in den letzten Jahren in Afrika stattgefunden haben, konzentrieren sich die G8-Staaten auf die Ausbildung afrikanischer Soldaten, Gendarmerien und Polizeien. Die „Afrikaner“, so die einhellige Meinung, seien schließlich selbst für die Lösung „ihrer“ Konflikte verantwortlich.

4. 1 Die Global Peace Initiative

Die USA riefen zur Umsetzung des Beschlusses der G8 die „Global Peace Operation Initiative“ (GPOI) ins Leben. Im Juli 2009 konnte das Außenministerium der USA verkünden, sie hätten bereits mehr als 75.000 Soldaten – also die Zielmarke aller G8 Staaten bis 2010³² – ausgebildet, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf afrikanischen Soldaten lag.³³ Die hohe Anzahl ausgebildeter Peacekeeper ist allerdings nicht allzu erstaunlich, da ein Soldat bereits nach 24 Stunden Training als ausgebildeter Peacekeeper gilt.³⁴ Allerdings ist GPOI nicht der einzige Versuch der USA, afrikanische Soldaten so auszubilden und in Einheiten zusammenzufassen, so dass sie Einsätze auf dem Kontinent realisieren könnten. Nach dem Scheitern der US-Armee in Somalia Anfang



Ausbildung im Rahmen der Global Peace Operation Initiative der USA. Foto: US-Gov.

der 1990er Jahre sollte eine „African Crisis Response Force“ aufgebaut werden, was aber an dem Widerstand verschiedener afrikanischer Staaten scheiterte. „Dieses Konzept schien der perfekte Weg für die USA zu sein, einerseits Katastrophen wie in Somalia und Ruanda zu verhindern und andererseits die Anzahl der US-amerikanischen boots on the ground zu verringern“³⁵.

Bereits in den Vorläuferprogrammen von GPOI übernahmen auch private Sicherheitsfirmen die Ausbildung der Peacekeeper. Dies hat sich auch mit GPOI nicht geändert. So wurde im November 2009 ein 1,5 Milliarden US\$ umfassender Auftrag zur Ausbildung afrikanischer Sicherheitskräfte an vier private Militärfirmen vergeben.³⁶ Ausgerechnet privaten Militärfirmen die Ausbildung von Peacekeepern zu überlassen, mag verrückt klingen, ist aber längst alltägliche Praxis. Wie lohnend Geschäfte mit „Friedensmissionen“ sind, zeigt sich beispielsweise daran, dass seit 2001 die „International Peace Operations Association“ (IPOA), ein Zusammenschluss privater Sicherheitsfirmen existiert, der den Unternehmen Aufträge im Bereich der Friedenseinsätze vermitteln soll.

Neben der Art der Ausbildung kritisierte der Rechnungshof der USA im Juni 2008, dass in 24 von 52 Ländern, in denen Sicherheitskräfte im Rahmen von GPOI ausgebildet werden, laut dem Menschenrechtsbericht des Außenministeriums von 2007, massive Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte begangen werden.³⁷

Aus dem Fond der GPOI, der inzwischen ausschließlich aus Mitteln des Außenministeriums gefüllt wird und 50% des Peacekeeping Operations Account der USA ausmacht³⁸, werden zusätzlich auch Einsätze der Afrikanischen Union und der UN (AMIS, AMISOM und UNIFIL) finanziert und logistisch unterstützt.³⁹ Zudem wurde ein Ausrüstungsdepot in Sierra Leone errichtet,

31 G8 Action Plan: Expanding Global Capability for Peace Support Operations, Sea Island, June, 2004.

32 Bureau of Public Affairs: U.S. Department of State Surpasses Target of 75,000 Trained Peacekeepers by 2010, Juli 2009.

33 Serafino, Nina M.: The Global Peace Operations Initiative: Background and Issues for Congress, Congressional Research Service, Juni 2009, S.17ff.

34 Alix J.Boucher/ Victoria K. Holt: US Training, African Peacekeeping: The Global Peace Operations Initiative, Juli 2007.

35 Col. Russell J. Handy: Africa Contingency Operations Training Assistance, Air & Space Power Journal, Herbst 2003.

36 Federal Business Opportunities: AFRICAP Recompete; URL: <http://tinyurl.com/yem4p63>.

37 GAO: Thousands trained but United States is unlikely to complete all activities by 2010 and some improvements are needed, Report to Congressional Committees, Juni 2008.

38 Alix J.Boucher/ Victoria K. Holt: US Training, African Peacekeeping: The Global Peace Operations Initiative, Juli 2007.

39 Serafino, Nina M.: The Global Peace Operations Initiative: Background and Issues for Congress, Congressional Research Service, Juni 2009.

COESPU und die Rolle von Gendarmerien in PKO

Gendarmerien – so das Ergebnis einer kürzlich erschienenen SWP-Studie – seien hervorragend dazu geeignet, in internationalen Stabilisierungsmissionen und so genannten Friedenseinsätzen die Lücke zwischen einer zivilen Polizei und dem Militär zu schließen. Das Problem in solchen Einsätzen sei, dass die Soldaten nicht dazu geeignet seien, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Sie seien darauf spezialisiert, gegnerische Kombattanten militärisch auszuschalten, nicht aber aufgebraute Zivilisten unter Kontrolle zu bringen. Polizisten wären jedoch nicht in der Lage, sich gegen schwer bewaffnete Aufständische durchzusetzen, geschweige denn, sie zu bekämpfen: „In der Regel sind Post-Konflikt-Gesellschaften gewaltbereit und militarisiert. Daher ist der Beginn ziviler Aufbau- und Reformmaßnahmen häufig von Unruhen in der Bevölkerung überschattet. Das entstehende Netz organisierter Kriminalität und dessen Nexus zu politisch motivierter Gewalt überfordert zivile Polizeieinheiten. Warlordismus, religiöser Fanatismus und Terrorismus sind

Herausforderungen, denen internationale Polizeikräfte begegnen müssen, ohne dazu ausgebildet zu sein.“ [1] Daher empfehlen die Autoren der Studie Gendarmerien, die sowohl Polizei- als auch Militäraufgaben übernehmen können, verstärkt für internationale Stabilisierungs- und Friedensmissionen zu nutzen. Die Ausbildung von Gendarmerien aus Ländern des Südens findet bereits seit 2005 im „Center of Excellence for Stability Police Units“ (COESPU) in Vicenza, Italien, statt. COESPU wurde auf dem G8-Gipfel in Evian beschlossen, die G8 – vor allem die USA – finanzieren dieses Zentrum seither. Dem Aktionsplan der G8 zufolge sollen die Gendarmen in folgenden Bereichen an der Schule in Vicenza ausgebildet werden: „Crowd and Riot Control“, Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Festnahmen mit hohem Risiko, Gefängnissicherheit, Schutz sicherheitsempfindlicher Einrichtungen, der Sicherheit von Wahlen und prominenten Persönlichkeiten sowie der Grenzkontrollen.“ [2] Bis 2010 sollen dort 3.000 Gendarmerie-Ausbilder aus

aller Welt ausgebildet werden, zusätzlich 4.500 von Carabinieri in ihren jeweiligen Heimatländern, die ihr Wissen dann wiederum an lokale Polizeien weitergeben und dort Gendarmerien aufbauen sollen. Bisher wurden aus Burkina Faso, Chile, Ägypten, Indien, Indonesien, Jordanien, Kamerun, Kenia, Mali, Marokko, Nepal, Nigeria, Pakistan, Rumänien, Senegal, Serbien, Südafrika und der Ukraine Gendarmen ausgebildet. Selbstverständlich werden die Gendarmen nicht nur in friedenserzwingenden Missionen eingesetzt, sondern vor allem auch gegen die eigene Bevölkerung.

[1] Ronja Kempin/ Christian Kreuder-Sonnen: Gendarmerieeinheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen – Eine Option für Deutschland?, SWP-Studie, März 2010.

[2] Serafino, Nina M.: The Global Peace Operations Initiative: Background and Issues for Congress, Congressional Research Service, Juni 2009, S.16.

das zwar von den USA unterhalten und verwaltet wird, allerdings Ausrüstungen für Einsätze der Regionalorganisation Westafrikas (ECOWAS) bereithält.

Im Rahmen von GPOI wird auch ein Programm zur Ausbildung von Gendarmen für Peacekeeping-Operationen mitfinanziert: COESPU (Centre of Excellence for Stability Police Units) [näheres zu COESPU s. Kasten].

4.2 Afrikanische Einheiten für Europäische Interessen

Ebenso wie die USA haben zahlreiche europäische Länder Programme zur Ausbildung afrikanischer Soldaten für Peacekeeping. Die europäische Union aber hat in der Afrikanischen Union (AU) einen „Partner“ gefunden, über den sie ihre Sicherheits- und Interessenspolitik in Afrika durchzusetzen versucht, ohne eigene – europäische – Truppen in den (Kampf-)Einsatz zu schicken und die Kosten für solche Einsätze vergleichsweise gering zu halten: Eine UN-Mission – die ja bereits wesentlich billiger ist als Interventionen der USA, der NATO oder der EU⁴⁰ – kostet dennoch wesentlich mehr als die Interventionen der AU. Die jährlichen Kosten für die 5.400 Mann starke AMISOM-Truppe belaufen sich auf 622 Millionen US\$⁴¹, die der UN auf „rund 100 Millionen US-Dollar pro Monat für eine 1.000 Mann starke Friedens-

mission.⁴² Bereits 2001 – also vor der Gründung der AU – stellte die EU in einem „Gemeinsamen Standpunkt“ zur Konfliktverhütung, -bewältigung und -vermeidung in Afrika fest, dass die Hauptverantwortung für das Krisenmanagement in Afrika bei den Afrikanern selbst liege und die EU lediglich unterstützend tätig werden würde.⁴³ Nach dem Prinzip des „African Ownership“ sollen afrikanische Einheiten selbst Peacekeeping Missionen in Afrika durchführen.

Mit der Gründung der AU 2002 wurde eine Organisation geschaffen, die fast alle afrikanischen Staaten umfasst und die vor allem aufgrund der Abkehr vom Nichteinmischungsprinzip der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) die Voraussetzungen dafür mitbringt, militärisch in Staaten zu intervenieren. In der Gründungsakte der AU ist ausdrücklich vorgesehen, dass sie auch ohne Zustimmung des betroffenen Staates, in Fällen von Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – auch militärisch – intervenieren kann.⁴⁴ Es reicht eine 2/3 Mehrheit in der Versammlung der afrikanischen Staatsoberhäupter aus, dass ein solcher Einsatz beschlossen wird. Zudem hat die AU das Kredo: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ de facto übernommen: „Das Ziel der AU war die Schaffung von Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent als Voraussetzung für die Durchsetzung von Entwicklung und Integration“.⁴⁵

40 Pikanter Weise wirbt die UN offensiv damit, billiger zu sein als andere Formen der militärischen Intervention: „If the US was to act on its own – unilaterally – and deploy its own forces in many of these countries; for every dollar that the US would spend, the UN can accomplish the Mission for twelve cents.“ United Nation Peacekeeping: Fact Sheet; URL: <http://www.un.org>.

41 Afrikanische Union: Report of the chairperson of the Commission on the Situation in Somalia, Addis Abeba, Januar 2008.

42 Sebastian Wadle/ Corina Schukraft: Die Peace Facility for Africa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2005, S.108f.

43 Ebd., S.116.

44 Artikel 4(h) der Gründungsakte der AU: „the right of the Union to intervene in a Member State pursuant to a decision of the Assembly in respect of grave circumstances, namely: war crimes, genocide and crimes against humanity“.

45 Markus Derblom u.a.: UN-EU-AU Coordination in Peace Opera-

Um militärisch intervenieren zu können, beschlossen die afrikanischen Verteidigungsminister 2004, eine „African Standby Force“ (ASF) mit einer Stärke von 15.000 Mann (militärisches, polizeiliches und ziviles Personal) bis 2010 aufzustellen. Die ASF soll in Zukunft von kleinen Beobachtermissionen bis zu robusten friedens erzwingenden Operationen alle Arten militärischer Interventionen durchführen können. Diese Standby Force wird in Brigaden unterteilt. „[Das Konzept der ASF] sieht fünf Standby-Brigaden vor, je eine pro afrikanische Region, unterstützt durch Zivilpolizei und andere Kräfte. Sobald die ASF zur Gänze aufgestellt ist, wird sie aus bereitstehenden multidisziplinären Kontingenten bestehen, die sowohl zivile als auch militärische Komponenten beinhalten. Sie werden in ihren jeweiligen Heimatländern stationiert und sollen für rasche Einsätze innerhalb Afrikas, möglicherweise sogar außerhalb des Kontinents zur Verfügung stehen.“⁴⁶ Dazu mussten die Regionalorganisationen jedoch nicht neu gegründet werden, sie bestehen bereits seit vielen Jahren, teils seit Mitte der 1970er. Allerdings waren sie zu diesem Zeitpunkt Organisationen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Länder innerhalb dieser Region fördern sollten, u.a. um die Länder und Regionen auf dem Weltmarkt bzw. gegenüber den Industriestaaten zu stärken. Manche Länder waren in verschiedenen Regionalorganisationen vertreten, was sich bei der Aufstellung der Brigaden jedoch als Problem darstellt. Die Westafrikanische Regionalorganisation (ECOWAS) hatte als einzige Regionalorganisation bereits vor der Gründung der AU und der Aufstellung der Brigaden für die ASF militärische Einsätze in afrikanischen Ländern (Sierra Leone, Guinea Bissau, Liberia) durchgeführt. Die Fortschritte bei der Aufstellung der Brigaden sind sehr unterschiedlich, wohingegen die ECOWAS Standby Force (ESF) inzwischen einsatzbereit ist, ist die Brigade der südafrikanischen Region noch nicht sehr weit fortgeschritten. Die unterschiedlichen Fortschritte hängen nicht zuletzt mit der jeweiligen Unterstützung durch den Westen, vor allem der Europäischen Union zusammen.

Die EU unterstützt auf unterschiedliche Art und Weise den Ausbau von Fähigkeiten der Afrikanischen Union, in Konflikten auf dem Kontinent militärisch zu intervenieren.

4.3 AU-Einsätze unter europäischer Kontrolle

Unter dem Mandat der Afrikanischen Union haben bisher vier Einsätze stattgefunden. Finanziert werden diese zum großen Teil von den USA und vor allem der EU – respektive ihrer Mitgliedsstaaten. Die EU gründete zu diesem Zweck 2004 die „African Peace Facility“, die seither aus dem Europäischen Entwicklungsfond (EDF) bezahlt wird. Aus dem 9. EDF (2002-2007) sollten ursprünglich 250 Millionen Euro bereitgestellt werden; es waren dann jedoch über 400 Millionen Euro, davon fast 300 Millionen für die Missionen der AU im Sudan (AMIS), in Somalia (AMISOM) und auf den Komoren (AMISEC). Zudem wurden 53,2 Millionen Euro für die Mission der Regionalbrigade Zentralafrikas (ECCAS) in der Zentralafrikanischen Republik (MICOPAX) aus der APF bezahlt. „Tatsächlich ist es so, dass die AU ohne die African Peace Facility vermutlich nicht in der Lage gewesen wäre auch nur eine dieser Missionen durchzuführen.“⁴⁷ Zusätzlich ha-

ben Frankreich, Großbritannien und Deutschland zur Finanzierung von AMIS Mittel beigesteuert. Insgesamt – mit EU-Mitteln und der bilateralen Hilfe – wurde AMIS mit 500 Millionen Euro unterstützt.

Die EU behält vor allem auch über die Form der Auszahlung der Mittel permanent die Kontrolle über die Einsätze: Die AU stellt bei der Europäischen Kommission einen Antrag zur Finanzierung der Mission, woraufhin die Europäische Kommission die einzelnen Operationspläne prüft. Wenn die Kommission den Antrag annimmt, wird ein „Contribution Agreement“ getroffen, was die Finanzierung durch die APF regelt. Allerdings bekommt die AU die Gelder nicht komplett ausgezahlt, sondern lediglich einen gewissen Prozentsatz – den Rest nach erfolgreicher Umsetzung der Operationspläne. Die AU ist für jede einzelne Ausgabe rechenschaftspflichtig. Die Finanzierung läuft jeweils nur für sechs Monate.⁴⁸ Das bedeutet, dass die EU bis aufs Detail Einfluss auf die Ausgestaltung der Einsätze nehmen kann. Im Zusammenhang mit der Feststellung, dass die AU ohne die finanzielle Unterstützung der EU keine Einsätze fahren kann, wird deutlich, wie groß der Einfluss der EU darauf ist, welche Einsätze wo und wie stattfinden.

Zusätzlich zur finanziellen Abhängigkeit ist die Afrikanische Union auch auf die (Aufklärungs-)Logistik der westlichen Staaten angewiesen. Für AMIS und AMISOM gab es jeweils eine Mission der NATO, die die Logistik (vor allem die Truppentransporte) der afrikanischen Truppen übernahm. Selbst der kleine Einsatz auf den Komoren (AMISEC), der nur wenige Tage dauerte, wäre ohne die logistische Unterstützung Frankreichs nicht realisierbar gewesen.

Zu beiden großen AU-Missionen gab es zudem verschiedene Unterstützungen in der Ausgestaltung und Planung der Einsätze. „Während der [AMIS-]Mission unterstützte die Europäische Union die AU mit dringend benötigter Ausrüstung wie Fahrzeugen, mobilen Generatoren, Wassertankern, aber auch mit technischer Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit, Polizeiausbildung, Luftüberwachung und dem Truppentransport von mehr als 2000 Soldaten. Die EU stellte zudem militärisches und ziviles Personal zur Unterstützung von AMIS“⁴⁹ – auf Kommandoebene versteht sich. Die EU entsandte im Durchschnitt 30 Polizisten des „European Union Police Advisory Teams“, 15 Militärexperten und zwei Militärbeobachter zur „Dafur Integrated Task Force“ der AU nach Addis Abeba, ins AMIS-HQ in Khartoum und in Einsatzhauptquartiere in Darfur. Zudem wurden ein Militärstab, ein Polizeibeamter und ein politischer Berater zur Unterstützung des EU-Sondergesandten für den Sudan entsandt. Inzwischen ist AMIS in UNAMID, eine Hybridmission zwischen AU und UN, übergegangen.

Ebenso wie AMIS wurde auch AMISOM entscheidend von der EU mitfinanziert. Seit 2007 wurden 120 Millionen Euro aus dem EDF und dem Stabilisierungsinstrument der EU für AMISOM bereitgestellt. Auch hier kamen zusätzliche Mittel von einzelnen EU-Mitgliedsstaaten (Italien, Großbritannien und Schweden). „Auf der operativen Ebene wurden vier zivile Experten [...] zur AMISOM ‚Strategic Planning and Management Unit‘ (SPMU) nach Addis Abeba entsandt. Zusammen mit sieben UN-Exper-

tions in Africa, Swedish Defence Research Agency, November 2008.
 46 Jakkie Cilliers: Afrikanische Friedenstruppen – eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Walter Feichtinger/ Gerald Hainzl (Hrsg.): Krisenmanagement in Africa: Unrealistische Erwartungen und tatsächliche Möglichkeiten, Böhlau, 2008, S.128.
 47 Ebd., S.143.

48 Framework Contracts: Support to the administrative and financial management of the African Union Mission in Somalia (AMISOM), Dezember 2009.

49 Benedikt Franke: Support to AMIS and AMISOM (Sudan and Somalia), in: Giovanni Grevi u.a. (Hrsg.): European Security and Defence Policy: the first ten years (1999-2009), Paris, S.258.

ten, zwei NATO-Offizieren und einem US-Verbindungsoffizier übernehmen sie den Großteil der Aufgaben des SPMU und beraten AMISOM-Kommandeure in zentralen strategischen und taktischen Entscheidungen. Die Anti-Piraten Mission der EU „Atalanta“ wirkt ebenfalls unterstützend, indem die Versorgungsschiffe der Mission in den Hafen von Mogadischu eskortiert werden [...].⁵⁰ Ob - und wenn ja wann - AMISOM in eine UN-Mission umgewandelt wird, ist unklar. Von Seiten der AU wird jedoch auf eine solche Ablösung – vor allem aufgrund der schwierigen Situation der AMISOM-Soldaten in Mogadischu - gedrängt.⁵¹

Über die verschiedenen Mechanismen nimmt die Europäische Union demnach entscheidenden Einfluss auf die Art der Einsätze der AU, ohne allerdings selbst Truppen entsenden zu müssen, was zum einen teurer, zum andern in den meisten Fällen der Bevölkerung der europäischen Staaten schwieriger zu vermitteln und letztlich für europäische Soldaten gefährlicher wäre. „Zwar setzt man innerhalb der ESVP grundsätzlich auf den politischen Führungsanspruch der Afrikaner und lässt sie nach außen als die Herren des Verfahrens erscheinen. Jedoch eröffnet die operative Unterstützung der AU [...] in verstärktem Maße direkte Gestaltungs- und Einsatzmöglichkeiten quasi über die Hintertür einer partnerschaftlichen EU-AU Diplomatie“.⁵² Wolf Kinzel vom SWP sieht in der Arbeitsteilung zwischen der EU, der UN und der AU durchaus ein zukunftsfähiges Konzept: „Zur raschen Gefahrenabwehr könnten die hochmobilen EU-Battlegroups eingesetzt werden. Anschließend übernimmt die ASF im Rahmen einer Peacekeeping-Operation, und zwar mit größeren Kontingenten ‚Boots on the ground‘, also in Form leichter Infanterie. Diese Kräfte werden von mobilen luftverlegbaren Einsatzkräften der EU unterstützt. Nachfolgend übernehmen die UN mit einer mittelfristig nachhaltigen Stabilisierungstruppe den weiteren Friedensprozess“.⁵³ Wer für das Scheitern von solchen Missionen verantwortlich gemacht wird, ist offensichtlich – die EU und die europäischen Truppen sind es jedenfalls nicht.

4.4 RECAMP

Damit die Soldaten der African Standby-Forces auch als Bodentruppen Europas fungieren können, müssen ausreichend Soldaten der Afrikanischen Union zur Verfügung stehen. Zudem muss die EU Kontakte zu führenden Militärs haben, um die Prozesse innerhalb der AU oder ihrer Regionalorganisationen schon vor der Planung von Einsätzen mitbestimmen zu können. Für die Ausbildung von Sicherheitskräften auf verschiedenen Ebenen gibt es seit 2007 das Trainingsprogramm „Amani Africa –EuroRecamp“. Ursprünglich war RECAMP ein französisches Programm, das 1998 ins Leben gerufen wurde. Frankreich, das bis heute zahlreiche Truppen in Afrika stationiert hat, hat auch nach der formellen Unabhängigkeit der Kolonien häufig in Konflikten militärisch interveniert. Das Bestehen von Regimen in der Region ist nicht selten von der Intervention oder Nicht-Intervention Frankreichs abhängig. Mit RECAMP verfolgt Frankreich das

50 Ebd., S.260f.

51 Jonna Schürkes: Arming Somalia: Die neue ESVP-Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten, Februar 2010; URL: www.imi-online.de.

52 Sebastian Wadle/ Corina Schukraft: Die Peace Facility for Africa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2005, S.116.

53 Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union, SWP-Studie, Juni 2008, S.27.



Das französische Programm RECAMP zur Ausbildung von afrikanischen Soldaten wurde inzwischen von der EU übernommen und heißt jetzt Amani Afrika – EuroRECAMP

Ziel, die unilaterale Intervention Frankreichs auf die Evakuierung französischer Bürger zu reduzieren und die militärischen bzw. zivil-militärischen Interventionen den afrikanischen Staaten selbst zu überlassen.⁵⁴

Neben der Ausbildung von Militärs unterschiedlicher Ebenen gehören zum Programm auch die Ausrüstung der Peacekeeper und die Unterhaltung von Ausrüstungsdepots auf französischen Stützpunkten (Dakar, Libreville, Dschibuti), wo die ASF oder die Regionalbrigaden vor dem Einsatz ausgerüstet werden. Die Ausbildungskomponente ist in Zyklen unterteilt und dauert meist zwei Jahre. Innerhalb eines Zyklus werden verschiedene Ausbildungsprogramme und Übungen organisiert: Auf strategischer Ebene werden Offiziere in Ausbildungszentren und Militärschulen in Europa und in Afrika ausgebildet, auf operativer Ebene werden simulierte Übungen für Führungskräfte durchgeführt und auf taktischer Ebene werden Bodentruppen im Feld ausgebildet. Deutschland beteiligt sich sowohl finanziell als auch personell am Amani-Africa – EuroRecamp.⁵⁵

RECAMP funktioniert in enger Zusammenarbeit von Ausbildungszentren in verschiedenen Ländern Afrikas. Finanziert und auf- bzw. ausgebaut werden diese häufig von europäischen Staaten. Ausbilder sind meist entweder Militärs des globalen Nordens oder von ihnen ausgebildete afrikanische Militärs. Leitende Positionen innerhalb dieser Zentren haben meist europäische

54 Bruno Charbonneau: Mastering „Irrational“ Violence, in: Alternatives 31 (2006), S.215-241.

55 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, Bundestags Drucksache 17/766, Februar 2010.



Ruandische AMIS-Soldaten werden von der US-Airforce in den Sudan geflogen, Foto: U.S. Air Force von Staff Sgt. Bradley C. Church

„Berater“. Obwohl auch in diesem Bereich vor allem Frankreich sehr aktiv ist, beteiligt sich auch Deutschland intensiv – sowohl finanziell als auch personell – an diesen Ausbildungszentren. Wie wichtig die Unterstützung durch den globalen Norden für die Ausbildungszentren und damit für die Aufstellung der regionalen Brigaden ist, zeigt der Fall der südafrikanischen Standby Force: „[...] das offizielle Ausbildungszentrum der SADC, das Regional Peacekeeping Training Center (RPTC), [liegt] in der simbabwischen Hauptstadt Harare. Aufgrund der internationalen Ächtung des dortigen Regimes und fehlender internationaler Geber ist es nicht einsatzfähig“.⁵⁶ Dies zeigt, dass die afrikanischen Staaten ohne die Unterstützung des Westens nicht in der Lage wären, solche Ausbildungszentren aufzubauen und die Aufstellung der ASF voranzutreiben, oder dass sie schlicht keine Priorität darauf setzen.

„Dies ist am deutlichsten sichtbar in West- und Ostafrika, wo die Anzahl der den Trainingseinrichtungen, Planungselementen und regionalen Institutionen von Geberländern beigestellten Offiziere die Zahl jener aus afrikanischen Staaten bald überstiegen hat. Des Öfteren kontrollieren diese eingebetteten ‚Berater‘ bedeutend mehr Ressourcen als die afrikanischen Kommandanten, denen sie nominell Bericht zu erstatten haben, sie bekommen ein vielfach höheres Gehalt als diese und können durch ihren direkten Zugang zu noch größeren Geldquellen in ihren Heimatländern oder bei den regionalen Botschaften in afrikanischen Hauptstädten eine entscheidende Rolle spielen. Daher ist es nicht ungewöhnlich, dass Offiziere mittleren Rangs aus den europäischen Ländern de facto wesentliche Bereiche der ASF-Vorbereitungen

⁵⁶ Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union, SWP-Studie, Juni 2008, S.17.

kontrollieren. Sie üben auf allen Ebenen beträchtlichen Einfluss auf Konzepte, Standards und Entscheidungen aus. Bisher konnte sich nur die SADC gegen eine derartige Infiltrierung widersetzen“.⁵⁷

5 Sicherheit ist Entwicklung

Die Ausbildung und der Aufbau von Sicherheitskräften in Ländern des Südens werden zunehmend aus Mitteln der Entwicklungshilfe finanziert. Entwicklungsorganisationen übernehmen den Bau von Ausbildungszentren, finanzieren einzelne Ausbildungskurse und helfen die Infrastruktur für militärische Interventionen zu verbessern.

Die Polizeiausbildung in Afghanistan wird in großen Teilen aus Geldern des Außenministeriums, des Innenministeriums und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bezahlt. Die GTZ, also die Ausführungsorganisation der deutschen Entwicklungshilfe, hat im Auftrag des BMZ Ausbildungszentren in Kabul und Mazar-i-Sharif gebaut und ausgerüstet. Zusätzlich rüstet sie für einzelne Polizeieinheiten Büros oder Dienststellen aus. Aus dem Haushalt des Entwicklungsministeriums wurden bis Mitte 2008 100 Millionen Euro für die Polizeiausbildung aufgewendet.⁵⁸

Die African Peace Facility wird aus dem europäischen Entwicklungsfond bezahlt. Der deutsche Anteil wird als Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) abgerechnet⁵⁹. Mit diesen Geldern werden nicht nur Soldaten ausgebildet, sondern in erster Linie auch militärische Einsätze der Afrikanischen Union bezahlt. Die Ausbildungszentren für „afrikanische Peacekeeper“ in Ghana und Mali wurden durch die GTZ (mit-)aufgebaut. Sie finanzierte auch einzelne Kurse, die dann vor allem vom ZIF (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze) am KAIPTC durchgeführt werden.

Die Deutsche Welthungerhilfe erneuert im Auftrag des Auswärtigen Amtes die Landebahn des Flughafens in Goma in der DR Kongo, der dann vor allem für den Transport von UN-Soldaten der MONUC genutzt werden soll.

Die Finanzierung des Aufbaus von Sicherheitskräften in Ländern des globalen Südens ist demnach auch insofern „billiges Krisenmanagement“, als dass die Kosten nicht im Verteidigungshaushalt auftauchen. Dass dies von Verteidigungspolitikern befürwortet wird, ist nicht weiter verwunderlich. Dass allerdings auch die Entwicklungsorganisationen sich zunehmend (s. GTZ) darauf einlassen, ist beängstigend. Wie weit die GTZ inzwischen dazu bereit ist, als Ausführungsorganisation des Bundesverteidigungsministeriums zu fungieren, zeigt sich daran, dass ihr Motto im letzten Jahr: „Sicherheit entwickeln. Entwicklung sichern“ lautete.

⁵⁷ Jakkie Cilliers: Afrikanische Friedenstruppen – eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Walter Feichtinger/ Gerald Hainzl (Hrsg.): Krisenmanagement in Africa: Unrealistische Erwartungen und tatsächliche Möglichkeiten, Böhlau, 2008, S.155.

⁵⁸ Jürgen Wagner: Mit Sicherheit keine Entwicklung, IMI-Studie 2007/10, S.29.

⁵⁹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, Bundestags Drucksache 17/766, Februar 2010.